

Die LINKE ist in der Bremer Bürgerschaft dabei Herzlichen Glückwunsch aus Guben!

Die Linke kommt!

**Informationen, Polemiken
und Meinungen aus Guben**

Linker Stadtanzeiger

18. Jahrgang / Nr.3 / 2007
Preis: Spendenbeitrag

Du hast mehr verdient!

Seit einigen Wochen wird in unserem Land mit großer Härte um die sprudelnden Steuereinnahmen gestritten. Gleichzeitig müssen sich die Gewerkschaften dabei als Interessenvertreter der ArbeitnehmerInnen mit den Arbeitgebern im Kampf um angemessene Arbeitsplätze und um die gerechte Verteilung der erwirtschafteten Güter auseinandersetzen. Zunehmend sind besonders in Deutschland diese Auseinandersetzungen jedoch mit den Verantwortlichen in der Politik zu führen, da sie insbesondere in den letzten Jahren, vor allem in der Schröder-Fischer-Zeit, vorbehalt- und skrupellos die Arbeitgeber entlastet und die arbeitende bzw. arbeitslose Bevölkerung noch weiter belastet. Die Ergebnisse einer solch ungerechten Lastenverteilungspolitik kann man jetzt deutlich beobachten. Die Wirtschaft boomt, die Gewinne der Unternehmen erreichen schwindelerregende Höhen und die Manager müssen sich schnell mal einen „angemessenen“ Inflationsausgleich verschaffen, so dass ihre Gehälter, Entschädigungen usw. völlig absurd erscheinen. Absurd vor allem, wenn man sich ansieht, dass dieser Aufschwung durch Lohndumping, Billiglöhne, Minijobs und unerträgliche Arbeitsbedingungen erreicht wurde. Mittlerweile ist es auch in Politikerkreisen von SPD und CDU angekommen, dass die von ihnen hofierten Unternehmen es sich nicht nehmen lassen wollen, dass sie ihre ArbeitnehmerInnen so schlecht bezahlen, dass sie trotz Beschäftigung HartzIV beanspruchen müssen, um überhaupt das gesetzlich festgelegte Existenzminimum zu erreichen.

Auch Gubens Bürgermeister Hübner hat vor, sich in diese Riege weiter ganz vorn einzureihen. Seit

Monaten schon versucht er den Eigenbetrieb Bauhof von Guben dergestalt zu „verändern“, dass er seinen Vorstellungen von einem effizient arbeitenden Unternehmen entspricht. Im Klartext, die ArbeitnehmerInnen sollen Arbeitszeit und Einkommensbußen hinnehmen, die sie in Teilen auch an den Rand des Existenzminimums treiben. Der Kreis beginnt sich zu schließen. Diese ArbeitnehmerInnen können weniger in Guben konsumieren (Friseur, Geschäfte, Gaststätten, Kultur ...), den Unternehmen gehen Kunden verloren. Am Ende würde Guben sich mit einer solchen Politik nur ins eigene Fleisch schneiden. Darüber hinaus muss sich auch Guben seiner Vorbildrolle in Sachen Lohnpolitik bewusst werden. Wenn der öffentliche Dienst Lohndumping betreibt und den Angestellten nicht mal mehr das Existenzminimum zugestehen will, wie soll sich da



erst die freie Wirtschaft verhalten? Die Gewerkschaft verdi hat zu Recht dieses Knebelangebot für die Bauhof-Beschäftigten abgelehnt. Den Stadtverordneten wiederum lag der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes vor, der genau diesen Stellenabbau legitimieren soll, um damit die Beschäftigten und die Gewerkschaft unter Druck setzen zu können. Dieser Weg ist mit uns nicht zu beschreiten! Wir schließen uns nicht nur am 1.Mai dem Aufruf des DGB an: *Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Soziale Sicherheit. Gute Arbeit.*

Wir haben den Wirtschaftsplan abgelehnt.

Linkspartei.PDS-Fraktion



Von
Dr. Dagmar Enkelmann,
**DIE LINKE im Deutschen
Bundestag**

8 Gründe gegen G8 - Privatisierung: Kein Selbstläufer

Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge wird weltweit auf dem Rücken der armen und mittellosen Menschen der Gesellschaft ausgetragen. Ob in Entwicklungsländern oder reichen Industrienationen - die Verkommerzialisierung des gesamten Lebens nimmt rasant zu. In bisher einmaligem Ausmaß werden staatliche Kernbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge den Regeln des kapitalgesteuerten Marktes preisgegeben. Die Folgen sind: höhere Preise, schlechtere Leistungen, Massenentlassungen und politischer Kontrollverlust.

Die führenden Politiker der G8-Staaten treiben diese neoliberale Politik durch ihr Handeln voran. In der Welthandelsorganisation (WTO), im IWF oder in der Weltbank stehen die reichen Industrienationen für eine Politik der Deregulierung und Liberalisierung der Märkte. Zudem sind es offenkundig die Konzerne und Unternehmen der G8, die auf neue Märkte drängen und Profite zu Lasten der Bevölkerung einfahren. An negativen Beispielen mangelt es mittlerweile kaum mehr.

(Fortsetzung Seite2)

Der Rentenklau geht um



Während das durchschnittliche Alterseinkommen eines Ostrentners 949 € beträgt, erhält ein Westrentner im Durchschnitt 1.270 € und die gegenwärtige Regierung – bestehend aus CDU/CSU/SPD erhöht diese Ungleichheit durch ihre Rentenpolitik weiter.

Ich – Jahrgang 1930 – durfte nach 50 Arbeitsjahren mit 65 in Rente in die Rente gehen. Wie manch anderer hörte ich die Worte des Arbeits- und Sozialministers der CDU/CSU-Regierung Norbert Blüm der 1998 lauthals verkündete: „Die Rente ist sicher!“.

Doch was war die Tatsache?

- 2001 Kürzung der Witwenrente auf 55%.
- 2004 Erste Nullrunde. Keine Rentenanpassung doch Kürzung um monatlich 0,85%, da nunmehr der volle Pflegeversicherungsbeitrag erhoben wird.
- 2005 Zweite Nullrunde. Keine Rentenanpassung doch erneute Kürzung wegen zusätzlichen Krankenkassenbeitrag von 0,9%.
- 2006 Dritte Nullrunde. Keine Rentenanpassung.

Doch welche Gnade 2007. Es soll eine Rentenerhöhung um 0,54% erfolgen, obwohl seit 2003 die realen Wertverluste der Renten wegen Inflation und Beitragserhöhungen in Kranken- und Pflegeversicherung reichlich 10% betragen.

Der Arbeitsminister der gegenwärtigen Regierung Herr Müntefering (SPD) geht mit diesen 0,54% hausieren und stolz wird verkündet, dass ein Rentner mit einer Bruttorente von 1000 € ab

1. Juli monatlich 5,40 € mehr erhält. Doch dabei wird verschwiegen, dass ab 1. April eine Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages (in den einzelnen Kassen unterschiedlich) erfolgte.

Ich habe nun einmal gerechnet:

1000 € Bruttorente ergaben bis März eine Nettorente von 905 €.

Durch die Erhöhung des KV-Beitrages (ich bin Mitglied der DAK und habe deren Erhöhung gewählt) verringerte sich die Nettorente ab 1. April auf 901,50 €. Das sind monatlich 3,50 € weniger, d.h. bis zum 1. Juli insgesamt 10,50 € weniger.

Ab 1. Juli kommt nun eine Erhöhung der Rente um 0,54%. Dadurch erhöht sich die Bruttorente auf 1005,40 € und die Nettorente 906,37 €. Zugleich erhöhen sich die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung von 95 € auf 99,03 €.

Zieht man die 99,03 € von der Bruttorente 1005,40 € ab so ergibt sich eine Nettorente ab 1. Juli von 906,37 €.

Fassen wir zusammen:

Nettorente bis März 2007 = 905 €

Nettorente ab Juli 2007 = 906,37 €

Ergebnis: Die tatsächliche Rentenerhöhung beträgt nicht 5,40 € sondern 1,37 €

Zum Vergleich: Ein Roggenbrot kostet 2,20 €. Unsere Rentenerhöhung beträgt also ein reichliches halbes Roggenbrot im Monat!

Da aber die höhere Krankenversicherung schon ab 1. April wirksam wird und somit der Rentner bis einschließlich Juni 10,50 € weniger erhält, ist die tatsächliche Rentenerhöhung (1,37 € pro Monat) erst ab Januar 2008 zu spüren.

Doch das alles traut sich die Regierung und auch Herr Müntefering nicht zu sagen, denn dann wäre das Gelächter der Rentner noch größer und der Nimbus der Regierung würde weiter schwinden.

Also Rentner! Rechnet eure Rente nach und ihr werdet feststellen, wie schamlos wir erneut von der jetzigen Regierung betrogen werden.

... Und der Rentenklau geht mit der Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre weiter. Doch dazu mehr in der nächsten Ausgabe des Linken Stadtanzeigers.



Die Palette ist lang: Angefangen bei der desaströsen Bahnprivatisierung in England, über die Forderung großer europäischer Konzerne wie RWE, Suez und Vivendi, das Wasser in mehr als 70 Ländern zu privatisieren, hin zu Energieriesen, die nicht nur durch hohe Preise und Rekordprofite glänzen. Im Fall der spanischen Endesa missachteten die Unternehmer beim Bau eines Wasserkraftwerks in Chile sogar die Rechte von indigener Bevölkerung und verstießen somit gegen die grundlegendsten Menschenrechte. Doch weit muss man gar nicht gehen, um der entfesselten Profitgier der Konzerne auf die Spur zu kommen: In meinem Heimatland Brandenburg versucht der Global-player Vattenfall gerade beharrlich ein Naturschutzgebiet zugunsten eines Braunkohletagebaus umzubaggern - und das in Zeiten des sich ankündigenden Klimawandels! Doch Privatisierung ist kein Selbstläufer. Auch wenn die Politiker der Nationalstaaten die Schuld für die Veräußerung von Volksvermögen gern auf die Europäische Union abschieben, stehen sie genauso in der Verantwortung. Meine Fraktion DIE LINKE tritt dafür ein, dass bestimmte Bereiche vor Privatisierung geschützt werden sollen. Wir fordern deshalb eine klare Definition von öffentlicher Daseinsvorsorge. Zu ihr gehören unserer Auffassung nach Wasser, Strom, Gesundheit, Telekommunikation, Bildung, Wohnen und Verkehr. Leider wurde in den letzten Jahren auch in Deutschland kräftig privatisiert. Davon betroffene Bereiche müssen unserer Meinung nach wieder in öffentliche Kontrolle überführt werden. Da die Staats- und Regierungschefs der G8 aber nicht von allein von ihrer neoliberalen Privatisierungspolitik abrücken werden, braucht es Druck von den Betroffenen - Druck von unten. Deshalb müssen wir im Juni auf die Straße gehen.

(Siehe auch Seite 4)

Die Linkspartei im Rathaus



Parkplätze I

Der Streit um die Parkplätze für den Jüdischen Friedhof sollte nach Bekunden der Stadtverwaltung ausgeräumt sein. Diese wären jetzt an der Akazienstraße. Doch wer danach sucht, tut dies vergeblich: kein Schild lässt zu, dass zeitlich unbegrenzt für einen Besuch auf dem Jüdischen Friedhof in der Akazienstraße geparkt werden kann.

Parkplätze II

Für den Pomologischen Garten am Flemmingplatz wurden Parkplätze geschaffen. Gut zu lesen: Parkzeit für diese Besucher – 2 Stunden.

Der Parkplatz ist stets voll, aber im PG ist kein Besucher zu finden.

Workshop

Zur Stadtentwicklung wurde im April ein Workshop durchgeführt, wo Mitglieder unserer Fraktion an allen drei Arbeitsgruppen teilnahmen.

Zum Stadtumbau wurden viele Inhalte angesprochen, wobei sich zeigte, dass der fortgeschrittene Abriss in Guben viele Spuren hinterlassen hat. Nicht nur, dass unschöne und leere Ecken beseitigt wur-

den, es fehlt mittlerweile an Infrastruktur, z.B. im WK II und IV und an identitätsstiftenden Elementen.

Ausgaben Rathaus

Es grenzt schon fast an Unverfrorenheit. Zum dritten Mal in unveränderter Form versuchte der Bürgermeister die SVV dazu zu bringen, seinen Mehrausgaben von fast einer Viertel Million zuzustimmen. Immer wieder ist es von der SVV abgelehnt worden, da es von ihm versäumt wurde, die Abgeordneten über die anstehenden Mehrausgaben rechtzeitig und vor Abschluss der Maßnahme zu informieren.

Friedensschule

Die Sanierung und Modernisierung zeichnet sich ab. Wiederum wollte der Bürgermeister die SVV nur zu einem Pauschalabschluss bringen. Als Tischvorlage wurde dieser Sachverhalt dem Schul- und Bauausschuss auf den Tisch gelegt. Keine Planungsunter-

lagen geschweige denn die Finanzierung lagen zur Vorbereitung der Sitzungen vor. In den Beratungen der Ausschüsse wurden unsere Anträge aufgenommen, so dass die Unterlagen jetzt vor Beginn der Maßnahme, wie es übrigens im Gesetz steht, der SVV zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen.

Jugend

Mit einem Brief wandten sich Jugendliche der Stadt an den Bürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden. Sie legten ihre Sicht auf die derzeit praktizierte Jugendpolitik in unserer Stadt dar. Wir werden dieses Anliegen zum Thema des nächsten Bildungs- und Jugendausschusses machen.

Straßenreinigung

Die Satzung und vor allem die sich daraus ergebenden Gebühren scheinen zu einem Dauerbrenner zu werden. In der nächsten Ausgabe werden wir uns dem Thema ausführlicher widmen.



Es war einmal...

...vielleicht merkt es Keiner!

Das Internet bietet Informationen. Richtige und nicht ganz richtige. Interessant ist es allemal.

Es gibt auch Informationen, die man so nicht hinnehmen kann. Schauen Sie mal auf die Internetseite der Stadt Guben – Tourismus.

Sie werden die Vorstellung des Deutsch-Slawischen Kulturzentrums finden. Was, Sie wissen nicht wo das ist? Naja, die Werbung dafür fällt ja auch knapp aus.

Der geeignete Leser erfährt dann „...das Ludwig-A.-Meyer-Haus ist als kulturelle Einrichtung der Stadt Guben eine Begegnungsstätte für Menschen und Kulturen.“

Öffnungszeiten dafür gibt es auch.

Aber, das Ludwig-A.-Meyer-Haus ist geschlossen.

Wo bleibt der Anspruch, das Interesse und Verständnis für sorbisches Brauchtum und die Tradition und die Kultur unseres polnischen Nachbarn zu wecken?

Angeboten wird eine „angenehme Atmosphäre für Konzerte“, „ein Lesezimmer mit osteuropäischer Reiseliteratur“, Nachschlagewerke usw., usw.



Aber es ist ruhig im und um das Ludwig-A.-Meyer-Haus.

Warum wird seitens der Stadt das Haus nicht mit Leben erfüllt?

Die wechselvolle Geschichte des Hauses:

- 1922 Erwerb durch den jüdischen Fabrikanten Ludwig-A. Meyer
- 1938 Einzug des Vermögens der Familie Meyer durch das Deutsche Reich,
- 1945-1949 wurde das Grundstück als Krankenhaus genutzt
- bis 1960 Nutzung der Villa für die unterschiedlichsten Zwecke
- ab 1961 Kindereinrichtung
- 1981 Denkmalschutz für das Haus und den angrenzenden Park
- 1990 Schließung der Kindereinrichtung
- 1992 Erwerb des Hauses durch die Stadt Guben, Sanierung
- 1996 Einrichtung des Deutsch-Slawischen Kulturzentrums im Ludwig.-A.-Meyer-Haus

Die Sanierung und die Ausstattung des Hauses wurde unterstützt durch die Länder Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und den Kommunalvertretungen Ruhrgebiet.

Hier hat die Stadt eine Verantwortung!

Was ist der Sinn dieser Nichtvermarktung?

Soll es bald heißen: Es war einmal ... ???



Was sind die G8?



Das große Fressen der G8

Vom 6. bis 8. Juni 2007 treffen sich die Regierungschefs der acht mächtigsten Industrienationen, die G8, zu ihrem jährlichen Gipfeltreffen, diesmal in Heiligendamm bei Rostock. Die G8 sind ein Instrument, um neoliberale Politik weltweit umzusetzen. Deshalb werden ihre Treffen von Anfang an von Protesten begleitet.

Der Gruppe der Acht (G8) gehören mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland (noch ohne Vollmitgliedschaft) und den USA die führenden Wirtschaftsnationen der Welt an. Seit 1977 nimmt auch die Europäische Gemeinschaft (seit 1998 die EU), vertreten durch die Europäische Kommission sowie das Land, welches jeweils die EU-Ratspräsidentschaft innehat, an den regelmäßigen Zusammenkünften teil.

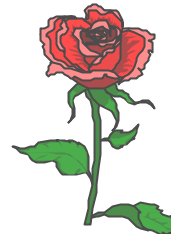
In den Staaten der G8 leben nur 13 Prozent der Weltbevölkerung, aber sie haben einen Anteil von 65 Prozent am weltweiten Bruttonationaleinkommen, von 44,5 Prozent am Welthandel und von über 80 Prozent an der weltweiten Rüstungsproduktion. 79 Prozent der multinationalen Konzerne sowie acht der weltweit größten Banken haben ihren Hauptsitz in den Staaten der G8.

Die G8 zeichnen sich durch ihren Club-Charakter aus; ihre Treffen sind exklusiv und von informeller Natur. Die Mitglieder der G8 übernehmen im Rotationsprinzip jeweils für einen Zeitraum von einem Jahr den Vorsitz innerhalb dieses Gremiums. Neben den Ministertreffen gibt es auch regelmäßige Zusammenkünfte der Staats- und Regierungschefs, die so genannten G8-Gipfel, welche von einem großen öffentlichen Interesse begleitet werden.

Protestbewegung finanziell stärken:

Verwendungszweck: „Gemeinsam gegen G8“,
GSL-Bankkonto 4002 487 501, BLZ 430 609 67

Wir gratulieren unseren Seniorinnen und Senioren zum Geburtstag in den Monaten April und Mai



Hildegard Brendel zum 94.
Emma Flach zum 83.
Joachim Pehle zum 82.
Erika Schwemmer zum 82.
Rolf Bothe zum 81.
Eva Kübler zum 80.
Margot Pohl zum 79.
Günter Schneider zum 77.
Wolfgang Wittchen zum 75.
Margot Dammaschke zum 71.
Christa Radt zum 71.
Christa Barth zum 69.
Sigrid Heiduschka zum 68.
Hans Wittstruck zum 63.
Ingrid Sinsel zum 62.

Termine – Termine

Aktionsplan Heiligendamm

2. Juni

Großdemo in Rostock

3. Juni

Großveranstaltung mit internationalen Gästen

4. bis 6. Juni Aktionstage

5. bis 7. Juni Alternativgipfel

7. Juni

Music and Messages-Konzert mit Herbert Grönemeyer

Guben

6. Juni, 18:00 Uhr

Vorstandssitzung mit MdL
Gen. Wolfgang Thiel

Öffnungszeiten
Geschäftsstelle, Berliner Str. 1
Dienstag und Donnerstag
von 14:00 – 16:00 Uhr

Linkspartei.PDS in der SVV
Fraktionssitzung
jeweils Montag ab 19:30 Uhr
Rathaus (Turm West)

Impressum:
Zeitung der Linkspartei.PDS Guben und
Infoblatt der SVV-Fraktion Linkspartei.PDS
V.i.S.d.P.: Gabriele Scholz
Berliner Str. 1, 03172 Guben
Redaktionsschluss: 20.05.2007
Druck: Eigendruck, Auflage 7.250 Stück